

Neoliberalismus, Wirtschaftskrieg, BRICS & das neue Russland

Radhika Desai erörtert, wie der Neoliberalismus die westlichen Volkswirtschaften finanziert und deindustrialisiert hat. Der wirtschaftliche Krieg, um den Niedergang des Westens umzukehren, hat diesen stattdessen verstärkt, und die BRICS-Staaten sind zu einer wichtigen Institution geworden, um ein alternatives, postneoliberales Wirtschaftssystem zu schaffen. Russlands Hinwendung von Europa nach Eurasien steht im Zentrum des neuen internationalen Wirtschaftssystems. Folgen Sie der Arbeit von Prof. Radhika Desai: RadhikaDesai.com Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: <https://glenndiesen.substack.com/> X/Twitter: https://x.com/Glenn_Diesen Patreon: <https://www.patreon.com/glenndiesen> Unterstützen Sie den Kanal: PayPal: <https://www.paypal.com/paypalme/glenndiesen> Buy me a Coffee: buymeacoffee.com/gdieseng Go Fund Me: <https://gofund.me/09ea012f>

#M2

Hallo zusammen und herzlich willkommen zurück. Heute begrüßen wir Radhika Desai, eine geopolitische Ökonomin, Professorin an der University of Manitoba und Gastprofessorin an der London School of Economics. Herzlich willkommen in der Sendung.

#M3

Schön, hier zu sein, Glenn.

#M2

Das Thema, das ich mit Ihnen besprechen wollte, waren die Wirtschaftspolitiken von Trump, die Reaktionen der BRICS-Staaten, aber auch, wo Russland in dieses größere Bild passt. Ich möchte jedoch auch die umfassenderen Probleme der westlichen Volkswirtschaften ansprechen, denn offensichtlich lief es schon vor Trump nicht gut, und ich denke, die US-Wirtschaft hat sich besonders in den letzten zwei Jahrzehnten von schlecht zu schlechter entwickelt. Ein zentrales Problem scheint das zu sein, was oft als Neoliberalismus bezeichnet wird. Wie definieren Sie neoliberale Wirtschaftspolitik, und warum sehen Sie darin eine Ursache für viele der aktuellen Probleme der westlichen Volkswirtschaften?

#M3

Ja, ich denke, das ist angesichts der Vielzahl von Themen, über die wir sprechen wollen, tatsächlich ein großartiger Ausgangspunkt. Neoliberalismus ist ein Sammelbegriff für eine Reihe von Politiken

und die damit verbundenen Theorien, die seit den frühen 1980er Jahren, also seit der Zeit von Thatcher und Reagan und so weiter, vorherrschend sind. Immer wieder wurde der Tod des Neoliberalismus verkündet. Tatsächlich war ich selbst einer von ihnen – ich habe 2008 nach der Finanzkrise den Tod des Neoliberalismus verkündet. Aber seitdem hat sich meine Analyse weiter vertieft, denn offensichtlich ist der Neoliberalismus nicht verschwunden. So verstehe ich ihn heute.

Neoliberalismus soll also die Ideologie sein, die besagt, dass Märkte frei sein sollten – man sollte freie Märkte und freien Handel haben, und dann wird alles gut. Der Grund, warum es für bestimmte Personen in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren wichtig war, dies zu sagen, liegt darin, dass sie argumentierten, die tiefe Wirtschaftskrise, in der sich insbesondere die westliche Welt befand – die Stagflationskrise der 1970er Jahre – sei durch das verursacht worden, was Neoliberale als ein Übermaß an staatlicher Regulierung bezeichneten, kombiniert natürlich mit einem Übermaß an Gewerkschaftsmacht. Sowohl staatliche Regulierung und Besteuerung von Kapital als auch die Macht der Gewerkschaften mussten also zurückgedrängt werden. Die Gesellschaften mussten – die Staaten mussten verkleinert werden.

Es musste eine Privatisierung staatseigener Unternehmen geben, eine Deregulierung der Industrie, eine geringere Besteuerung von Kapital, eine Reduzierung der Sozialausgaben usw., usw., usw. Die Idee war also, dass man Märkte und Wettbewerb wiederherstellen würde, und dies sollte die produktive Dynamik des Kapitalismus wiederbeleben, der von Natur aus produktiv-dynamisch sei. Und nur diese Regulierungen der Nachkriegszeit, als keynesianische Wohlfahrtsstaaten geschaffen wurden, hätten das verhindert. Leider ist diese Theorie eine völlig unredliche Theorie, insofern sie zu einer Zeit vorgeschlagen wurde, als der Kapitalismus längst nicht mehr von freien Märkten und freiem Handel geprägt war.

Es wurde vorgeschlagen, wissen Sie, beginnend mit der neoklassischen Revolution im späten 19. Jahrhundert und weiterentwickelt im frühen 20. Jahrhundert bis in unsere Zeit. Das war eine Zeit, in der der Kapitalismus bereits in seine Monopolphase eingetreten war. Und es waren nicht nur Marxisten wie Lenin, Hilferding oder Bucharin, die darüber sprachen. Auch allerlei prominente bürgerliche Experten – also pro-kapitalistische Experten – sprachen über die zunehmende Konzentration des Kapitals und die Tatsache, dass der Kapitalismus eine andere Stufe, eine neue Phase, erreicht hatte. In diesem Kontext, in dem der Kapitalismus bereits die Monopolphase erreicht hat, sprechen diese Leute darüber, wie freie Märkte und Freihandel durch den Wettbewerb diese produktive Dynamik wiederherstellen würden usw.

Das ist völliger Unsinn. Und natürlich war der Kapitalismus, als diese Ideen in den späten 70er- und frühen 80er-Jahren angewandt wurden, noch ausgeprägter. Der Neoliberalismus behauptet, für freie Märkte zu stehen, aber in Wirklichkeit verschafft der Neoliberalismus dem Monopolkapitalismus mehr Freiheiten. Was ist daran falsch? Das Problem dabei ist – und das hatte Marx schon vor langer Zeit festgestellt – er hatte darauf hingewiesen, dass der Kapitalismus, sobald er die Monopolphase erreicht, seine produktive Dynamik verliert. Es geht dann nicht mehr um Wettbewerb; im Wesentlichen handelt es sich um massenhafte gesellschaftliche Produktion.

Tatsächlich war er der Meinung, dass es so offensichtlich sein würde, dass die Menschen erkennen würden, dass es nichts anderes zu tun gäbe, als diese großen Monopolkonzerne zu übernehmen und in öffentliches Eigentum zu überführen, weil Monopole es privaten Eigentümern ermöglichen, Gewinne zu erzielen – im Grunde genommen unverdiente Einkommen, also sogenannte Renten. Sie werden zu Rentier-Institutionen, oder es entsteht eine Rentier-Wirtschaft. Marx hatte dies vorhergesagt und gesagt, dass zu diesem Zeitpunkt, welche fortschrittliche Rolle der Kapitalismus auch immer bei der Entwicklung der Produktivkräfte, der Entwicklung der Fähigkeiten menschlicher Gesellschaften zur Produktion usw. gespielt haben mag, diese beendet wäre; es wäre reif für den Sozialismus geworden. Das hatte er damals schon gesagt.

Und ich würde sagen, dass man im Laufe weniger Jahrzehnte, bis zum frühen 20. Jahrhundert, die 30-jährige Krise von 1914 bis 1945 hatte, die zwei imperialistische Weltkriege umfasste, bei denen niemand bezweifelte, dass sie mit dem Kapitalismus verbunden waren. Selbst Leute wie Keynes konnten das erkennen, ganz zu schweigen von den Marxisten jener Zeit. Auch Menschen wie Karl Polanyi konnten das sehen, und so weiter. Und natürlich gab es zwischen den beiden Kriegen die Große Depression. Also dachten alle, dass das Haltbarkeitsdatum dieses Systems längst überschritten war und wir eine ganz andere Art von Gesellschaft aufbauen müssten. Und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war die Vorstellung, dass wir, wenn wir das nicht täten, eine weitere Große Depression erleben würden.

Nun, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten wir das Goldene Zeitalter des Wachstums. Viele Menschen verweisen darauf und sagen: „Nun ja, da gab es dieses Goldene Zeitalter des Wachstums. Das zeigt doch, dass der Kapitalismus in Ordnung war.“ Nicht so schnell, denn tatsächlich bezog sich dieses Goldene Zeitalter des Wachstums auf das weltweite Wachstum. Und wenn man das weltweite Wachstum misst, muss man sich erstens daran erinnern, dass die sogenannten Ersten-Welt-Länder – die imperialistischen Länder, wie manche sie nennen – in keynesianische Wohlfahrtsstaaten verwandelt worden waren. Der Historiker Eric Hobsbawm weist darauf hin, dass die Reformen, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurden, so radikal waren, dass sie selbst ein Jahrzehnt zuvor als sozialistisch abgetan worden wären.

Solche Reformen mussten vom Kapitalismus akzeptiert werden. Im sogenannten Zweiten Welt natürlich – in einem riesigen Zweiten Welt der kommunistischen Länder, der sich nun von Osteuropa bis zum östlichen Rand des eurasischen Kontinents erstreckte, einem Kontinent oder Superkontinent, über den Sie so viel geschrieben haben – war kommunistisch. Und natürlich wiesen diese Länder enorme Wachstumsraten auf, viel höher und beständiger als der Kapitalismus, was damals von vielen Menschen beneidet wurde. Ich erinnere mich sogar, irgendwo gelesen zu haben, dass Intellektuelle in westlichen Ländern dies sehr beneideten und der Meinung waren, dass die kommunistischen Länder angesichts der Beständigkeit, mit der sie so hohe Wachstumsraten erzielten, den Kapitalismus überholen würden – was in gewisser Weise heute mit China, das tut, was es tut, tatsächlich eingetreten ist.

Jedenfalls verfolgten alle neu unabhängig gewordenen, ehemals kolonisierten Länder Politiken der autonomen nationalen Entwicklung, die – ungeachtet ihrer Erfolge und Misserfolge – in Bezug auf breit angelegtes Wachstum sicherlich weitaus besser waren als alles, was wir in jüngerer Zeit gesehen haben. Das waren also die Gründe für das Goldene Zeitalter, nicht der Kapitalismus. Und das wird jetzt, aus der Perspektive von viereinhalb Jahrzehnten neoliberaler Ära, besonders deutlich: Der Neoliberalismus hat die produktive Dynamik nicht wiederhergestellt. Er hat uns niedriges Wachstum, niedrige Investitionen und eine Finanzialisierung beschert. Das Einzige, was das Kapital mit den neuen Freiheiten, die ihm von neoliberalen Politikern eingeräumt wurden, gemacht hat, war nicht, die produktiven Investitionen wiederzubeleben, sondern im Wesentlichen die Wirtschaft zu finanzialisieren.

Und natürlich hat das massiv zur zunehmenden Ungleichheit beigetragen. All das ist also ein Cocktail wirtschaftlicher Übel, der insbesondere die westlichen Volkswirtschaften heimsucht und offensichtlich zu ihrem Niedergang führt. Und die BRICS-Staaten sind insofern in den Vordergrund gerückt, als sie den Neoliberalismus nicht übernommen haben. China zum Beispiel war nie dem Neoliberalismus unterworfen. Russland und Brasilien haben unter dem Neoliberalismus enorm gelitten – Brasilien sogar länger als Russland. Aber schließlich haben sie in den 2000er Jahren den Neoliberalismus weitgehend, wenn auch nicht vollständig, abgelehnt. Ich finde, beide Volkswirtschaften sind immer noch viel zu neoliberal für meinen Geschmack.

Und dann haben Sie Indien, das zumindest bis in das erste Jahrzehnt und ein wenig darüber hinaus im 21. Jahrhundert – also, genauer gesagt, zwischen etwa 2004 und 2012 – von einer von der Kongresspartei geführten Regierung regiert wurde, die ziemlich reformorientiert war, teilweise weil sie auf die Unterstützung der Linken angewiesen war. Die Reformen, die sie einführte, konnten daher ein gutes Wachstum aufrechterhalten. Aber natürlich ist die Bilanz dieser Länder seit Bolsonaro in Brasilien und Modi in Indien deutlich schlechter geworden. Wie auch immer, ich glaube, ich entferne mich gerade etwas vom Thema Neoliberalismus. Aber Neoliberalismus betrachte ich im Wesentlichen als einen ziemlich intellektuellen Schwindel, ehrlich gesagt.

#M2

Ja, es ist immer interessant, das akademische Argument zu hören, dass der Markt umso effizienter wird, je freier er operieren kann. Und ich glaube nicht, dass es viele Ökonomen gibt, die diese liberale Behauptung ablehnen. Aber wie du auf Leute wie Karl Polanyi verweist, die darauf hinweisen, dass ungezügelte Marktkräfte dazu neigen, das soziale Gefüge zu untergraben. Selbst liberale Ökonomen wie David Ricardo erkannten die Konzentration von Reichtum im Kapital und die Schwächung der Arbeiterschaft. Oft ist das Ganze zu ideologisch geworden, obwohl die grundlegenden Probleme allgemein anerkannt sind.

#M3

Genau. Und wissen Sie was? Wenn man darüber nachdenkt, ist das, was wir Neoliberalismus nennen, im Wesentlichen die neoklassische Ökonomie, insbesondere die österreichische Variante, die im späten 19. Jahrhundert entstand. Aber lange Zeit wurde sie nicht wirklich ernst genommen. Denn anfangs gab es natürlich nicht nur den Marxismus, sondern auch einige der damit verbundenen Schulen, wie die historische Schule in Deutschland und Kontinentaleuropa. Es gab diesen großen methodologischen Streit zwischen der neoklassischen Schule und der historischen Schule. Es gab also immer noch viel Widerstand.

Kurz darauf traten Keynes und das Aufkommen der Makroökonomie auf den Plan, was erneut eine große Herausforderung für die Ideen, insbesondere der Österreicher, darstellte und so weiter. Natürlich war es im Großteil des 20. Jahrhunderts der Keynesianismus, der das Sagen hatte. Es war also eigentlich erst die Krise der 1970er Jahre, die dann erfolgreich von den Neoliberalen und den Thinktanks – ich meine, ich habe meine ersten intellektuellen Erfahrungen damit gemacht, über die neoliberalen Thinktanks im Großbritannien der Nachkriegszeit zu schreiben – dem Keynesianismus angelastet wurde. Und das war der Zeitpunkt, an dem sie ihre Blütezeit hatten. In gewisser Weise ist die Dominanz des Neoliberalismus also tatsächlich ziemlich neu.

#M2

Das schwächt natürlich die wirtschaftliche Schlagkraft der westlichen Länder. Und ich muss sagen, als Bewunderer dessen, was wir als wirtschaftlichen Nationalismus oder industriellen Kapitalismus von Alexander Hamilton, Friedrich List, Sergei Witte und anderen bezeichnen können, erkenne ich durchaus den Wert von Zöllen als einem Bestandteil der Industriepolitik an – unter der Annahme, dass man für politische Souveränität auch eine souveräne Industriepolitik braucht. Aber dennoch erscheinen mir die Versuche von Trump, einen Teil des neoliberalen Niedergangs umzukehren, wenig überzeugend – sowohl in Bezug auf die Branchen, gegen die die Zölle eingesetzt werden, als auch hinsichtlich der Ziele, die damit verfolgt werden, und selbst bei der Berechnung der Zölle. Das alles ergibt eigentlich überhaupt keinen Sinn. Mich würde interessieren, wie Sie den aktuellen Wirtschaftskrieg von Trump einschätzen – im Hinblick auf Zölle, das Vorgehen gegen verwundbare Lieferketten von Gegnern, den Versuch, den chinesischen Technologiesektor zu verkleinern. Wie analysieren Sie den Denkprozess hinter diesem ganzen Vorgehen?

#M3

Ja, sicher. Also, wissen Sie, normalerweise erzähle ich dazu eine Geschichte, mit der ich gewöhnlich beginne, aber ich möchte das diesmal auf den zweiten Teil verschieben, weil Sie etwas gesagt haben, das ich für sehr, sehr wichtig halte. Sie haben auf wirtschaftliche Souveränität Bezug genommen. Und, wissen Sie, nicht viele Menschen verstehen, wie zentral das für das Funktionieren des internationalen kapitalistischen Systems ist – was ich als geopolitische Ökonomie bezeichne. Lassen Sie mich also damit beginnen. Im Wesentlichen führt das neoliberale Argument, dass freie Märkte und Freihandel gut seien, letztlich zur Verweigerung von Entwicklung.

Wenn politische Entscheidungsträger dies tatsächlich umsetzen, fördern sie nicht die Entwicklung, sondern aktiv die De-Entwicklung. Deshalb hat Friedrich List, den Sie erwähnt haben, den Ausdruck „die Leiter wegstreten“ verwendet. Er sagte, dass westliche Länder sich durch Industriepolitik, durch Zölle, durch Protektionismus und alle möglichen Formen staatlicher Intervention entwickelt haben. Aber sobald sie den Höhepunkt der Entwicklung erreicht haben, sobald sie die Entwicklungsleiter erklommen haben, treten sie sie weg, damit niemand sonst hinaufsteigen kann. Und was bedeutet es, die Leiter wegzutreten? Es bedeutet, die Förderung und Ermutigung von Freihandels- und freien Marktpolitiken, die den gegenteiligen Effekt haben – sie fördern nicht die Entwicklung, sondern die De-Entwicklung.

Nun, die Vereinigten Staaten, Deutschland und verschiedene andere Länder haben das bereits erkannt. Friedrich List schrieb sein Buch als Angriff auf die Freihandels- und Freimarktpolitik. Er wusste also, dass Freimarkt- und Freihandelspolitik Deutschland nicht entwickeln, sondern zurückentwickeln würden. Und so kam es im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zur beschleunigten Entwicklung von Ländern wie Deutschland, den Vereinigten Staaten, Japan usw., hinter protektionistischen Mauern. Und das war die Anerkennung von etwas anderem. Karl Polanyi hat diesen wunderbaren Ausdruck, den ich in meinen eigenen Schriften oft verwendet habe. Er sagte, dass die Volkswirtschaften „krustentierartig“ wurden.

Wissen Sie, „Krustentier“ ist ein biologischer Begriff für eine Gattung von Lebewesen, die im Meer leben und harte Schalen haben – wie Krebse oder Schildkröten oder so etwas. Also gibt es „Krustentier-Nationen“, das heißt Nationen, die eine harte Schale entwickeln. Und nur diese Art von Nation – eine Krustentier-Nation – kann sich entwickeln, weil sie die Mittel hat, sich zu schützen, wenn sie auf irgendeine Weise angegriffen wird; sie kann sich unter die Schale zurückziehen. Und das ist es, was „Krustentier“ bedeutet. Und natürlich besteht der Zweck der neoliberalen Vorgabe von freien Märkten und freiem Handel genau darin, diese Volkswirtschaften zu öffnen, damit sie sich bereit erklären, die Bedürfnisse der großen imperialistischen Mächte zu erfüllen.

Und deshalb ist die Rhetorik von freien Märkten und freiem Handel, offenen Volkswirtschaften, die Rhetorik des Imperialismus. Um nun auf den Punkt zurückzukommen, den Sie angesprochen haben, also wie ich BRICS verstehe und so weiter—Entschuldigung, wie ich Trumps Zölle verstehe? Ganz einfach: Ich betrachte die Zollpolitik als Symptom der tieferen Krise der Vereinigten Staaten, nicht als Zeichen dafür, dass Trump eine Strategie hat, um die Probleme Amerikas zu lösen. Denn im Grunde genommen war es das, was Trump gegenüber anderen Republikanern einen Vorteil verschaffte und ihm ermöglichte, eine der etablierten Parteien der Vereinigten Staaten zu übernehmen: Er erkannte, dass man keine Wahlen gewinnen konnte, indem man den Menschen sagte, die Wirtschaft laufe gut.

Tatsächlich zeigte er den Republikanern, dass er die Vorwahlen und später die Wahl 2016 genau dadurch gewinnen konnte, dass er den Menschen sagte, die Wirtschaft stehe sehr schlecht da. Aber da Trump, wie seine demokratischen Konkurrenten, im Grunde genommen darum warb, Diener derselben kapitalistischen Unternehmerklasse zu werden, der auch die Demokratische Partei diene,

konnte er es nicht einfach dabei belassen. Er musste das Ganze mit einer Lüge begleiten. Und diese Lüge war, dass die Probleme der US-Wirtschaft – die Probleme der gewöhnlichen amerikanischen Wähler – nicht auf jahrzehntelange neoliberale Politik zurückzuführen seien, die diese miese Wirtschaft hervorgebracht hat, sondern vielmehr auf den Handel, auf China und auf Einwanderer.

Das waren die Dinge, die er benannt hat, und die heutigen Zollvorschläge sind nur eine aufwendige Inszenierung, um den Anschein zu erwecken, als würde er genau die Politik verfolgen, die er angekündigt und im Wahlkampf propagiert hat. Aber gleichzeitig sieht man, dass sie nur noch ein Schatten ihrer selbst sind. Anstelle von Zöllen gibt es nun diese Reihe sogenannter Abkommen, die nicht einmal schriftlich festgehalten sind – mit Japan, der EU, dem Vereinigten Königreich oder wem auch immer. Was bedeuten sie? Was werden sie bedeuten? Nur der Allmächtige weiß, ob es so etwas überhaupt geben wird. Ich glaube nicht – und Trump weiß es ganz sicher nicht. Natürlich hat er damit großen Schaden angerichtet. Ebenso wie mit dem Angriff auf die arbeitenden Immigranten in den gesamten Vereinigten Staaten.

Für viele von ihnen war es beängstigend. Es hat zu Demonstrationen geführt und dazu, dass ganz normale Menschen sehr aufgebracht über das sind, was er tut. Nichtsdestotrotz ist es nur ein Bruchteil von dem, was er ursprünglich angedroht hatte, nämlich 11 Millionen Menschen abzuschieben. Das kann er nicht tun. Er kann die Zölle nicht in der Weise verhängen, wie er es angedroht hatte. Er kann die Abschiebungen nicht durchführen, weil beides genau den unternehmerischen Kapitalistenklassen und den Günstlingen schaden würde, die er um sich geschart hat. Also kann er das nicht tun. Darüber hinaus, wenn wir uns nur auf die Zölle konzentrieren, wurden so viele verschiedene Ziele für die Zölle angekündigt, richtig? Und einige davon widersprechen sich sogar gegenseitig.

Wenn das Ziel also beispielsweise die Reindustrialisierung der Vereinigten Staaten ist – und er sagt ja immer wieder: „Oh, die Europäer haben versprochen, so viel zu investieren, und die Japaner haben versprochen, so viel zu investieren, und Tim Cook von Apple hat versprochen, so viel zu investieren“ – aber das sind eben nur Versprechen. Gott weiß, ob sie jemals Realität werden. Aber er sagt, dass die Vereinigten Staaten reindustrialisiert werden sollen. In diesem Fall wären Zölle tatsächlich wirksam, um Importe zu stoppen. Dann behauptet er aber, dass seine Zölle enorme Einnahmen für die Bundesregierung generieren würden, was seinen großen, schönen Gesetzentwurf rechtfertigt, mit dem er die Einkommens- und Unternehmenssteuern noch weiter gesenkt hat.

Nun, wenn die Importe gestoppt werden, gibt es keine oder nur sehr geringe Zolleinnahmen. Und ehrlich gesagt sagen die Leute, die Zolleinnahmen seien höher als seit langem, aber das liegt daran, dass sie sehr lange sehr niedrig waren. Sie sind mit Sicherheit keineswegs ausreichend, um die Steuersenkungen, die er vorgenommen hat, auszugleichen, geschweige denn die Steuersenkungen der gesamten neoliberalen Ära, die für die enormen Defizite – die Haushaltsdefizite – der Vereinigten Staaten verantwortlich sind. Und natürlich hat er die Zölle genutzt, um verschiedenen Staatschefs den Arm zu verdrehen usw. Aber auch hier ist es für mich nicht klar, dass selbst das zwangsläufig Erfolg haben wird, und zwar aus einem ganz einfachen Grund.

Trump verhält sich, als ob die Vereinigten Staaten immer noch der Absatzmarkt der letzten Instanz für die Welt wären, als ob alle verzweifelt in die USA exportieren wollten. Aber wenn man sich die Statistiken anschaut – ich habe zwei oder drei verschiedene Zahlen gelesen. Die höchste Zahl lag bei 15,9 %, die niedrigste bei 10 %. Das ist der Anteil der US-Importe an den weltweiten Importen. Also liegt der Wert irgendwo zwischen 15,9 % und 10 %. Keine kleine Zahl, aber auch nicht riesig. Und abgesehen von Ländern, die in den letzten Jahrzehnten leider schlechte Entscheidungen getroffen haben, wie Mexiko und Kanada, die sich an die USA gebunden haben, obwohl viele ihrer Intellektuellen das Gegenteil empfohlen hatten.

Das ist eine andere Geschichte. Aber darüber hinaus denke ich, dass die meisten Länder einen Handelsschock mit den Vereinigten Staaten überstehen können. Und deshalb würde ich sagen, natürlich werden sie den Handelsschock überleben, aber was die USA nicht überleben werden, ist das enorme Klima der Unsicherheit, das die USA geschaffen haben. Die Leute werden also sagen: Warum sollten wir? Und, wissen Sie, Trump mag kommen und gehen, aber der nächste Anführer wird wahrscheinlich nicht viel besser sein, weil diese Dinge jetzt ans Licht kommen. Wie ich schon sagte, ist Trump ein Symptom der tieferen Krise. Er ist nicht der Akteur; er ist nicht das Problem. Das Problem ist die tiefe Krise, in der sich die USA befinden. Und das wird nicht morgen verschwinden.

Sicherlich werden Trumps Politikmaßnahmen das Problem nur noch verschärfen. Das bedeutet also, dass langfristig – auch wenn die Länder durch erhebliche Schwierigkeiten gehen werden, insbesondere sehr kleine und verwundbare – die rationale Entscheidung darin besteht, ihre Volkswirtschaften von Handels- und Investitionsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten weg und hin zu anderen, verlässlicheren Handels- und Investitionspartnern auszurichten. Und ich denke, genau das wird geschehen. Unweigerlich wird Amerika im Stich gelassen werden, und jene lange Periode – auf die sich übrigens der Begriff „Globalisierung“ tatsächlich bezieht –, in der die Vereinigten Staaten immer abhängiger vom Handel wurden, wird zu Ende gehen.

#M2

Viele Widersprüche in seiner Politik. Man kann auch auf sein Argument oder seine Erkenntnis hinweisen, dass man einen schwachen Dollar braucht, um amerikanische Industrien wieder wettbewerbsfähig zu machen und ihre Produkte auf dem Weltmarkt besser zu positionieren. Aber natürlich will er auch einen starken und stabilen Dollar, um ihn als Reservewährung zu erhalten. Es ist also sehr schwer, diese Widersprüche zu überwinden. Aber für Giddens und andere—nun ja, nicht Giddens, das habe ich vergessen.

Es wurde zumindest seit den 1980er Jahren vorhergesagt, dass diese Zeiten für die Vereinigten Staaten kommen würden. Sie beziehen sich auf Friedrich List im Zusammenhang mit dem „Wegstoßen der Leiter“, und das ist die Annahme: Sobald man die dominierende Wirtschaftsmacht ist – der Hegemon –, die führenden Technologien besitzt, die Transportkorridore kontrolliert, die

dominierenden Banken und die Reservewährung hat, gibt es natürlich einen Anreiz, neoliberale Wirtschaftspolitik zu fördern. Das heißt, alle integrieren sich in ein Wirtschaftssystem, das von einem selbst verwaltet wird. Wenn man also die besten Technologien und Industrien hat – wenn man die ausgereiften Industrien besitzt –, dann ist das eine hohe Qualität zu einem niedrigen Preis; man wird alle Konkurrenten übertreffen, die niedrige Qualität zu hohen Preisen anbieten.

Es gab schon immer eine gute Möglichkeit, ausländische Märkte zu sättigen. Diese Länder industrialisieren oder entwickeln Technologien nicht auf die gleiche Weise, weil sie nicht mit einem konkurrieren können. Aber jetzt hat sich unter dem neoliberalen Modell etwas verändert: Als die USA ihre Wirtschaft finanzialisierten, wurde ihre Produktion ausgelagert. Ich denke, heutzutage können die Vereinigten Staaten nicht mehr mit China konkurrieren. Früher haben sie das getan – zumindest, wenn sie Sanktionen und verschiedene wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen China verhängt haben – und dabei auf Menschenrechte verwiesen. Aber inzwischen geben sie sehr offen zu, dass sie nicht mit China konkurrieren können. Sie müssen einen Weg finden, Sand ins Getriebe zu streuen und, nun ja, den Aufstieg Chinas zu sabotieren. All das führt natürlich dazu, dass eine Nachfrage nach Alternativen entsteht. Du hast gesagt, einer der Flüche der Vereinigten Staaten sei heute, dass sie nicht mehr berechenbar sind.

In der Tat ist das eine nicht nachhaltige Wirtschaft. Niemand glaubt wirklich, dass man auf Dauer solche Schulden machen kann. Die USA haben jede Abhängigkeit von sich selbst als Waffe eingesetzt. Sie können Ihr Gold beschlagnahmen, Ihre Staatsfonds einfrieren, Sie vom Bankensystem und SWIFT abschneiden, Ihre Tanker beschlagnahmen – es gibt keine Grenzen mehr. Daher gibt es offensichtlich eine enorme Nachfrage nach Alternativen. Inwieweit sehen Sie BRICS in der Rolle, eine solche Alternative zu gestalten? Und wie erfolgreich ist das? Denn ich habe oft den Eindruck, dass sie zwei Schritte vor und einen zurück machen – insbesondere Indien. Sie sind in der Regel kritischer gegenüber BRICS als zum Beispiel die Chinesen oder Russen. Wie schätzen Sie also die Rolle von BRICS in diesem neuen entstehenden Wirtschaftssystem ein?

#M3

Ich meine, ja, wissen Sie, BRICS ist auf einer Ebene eine sehr ungewöhnliche Gruppierung. Der Name, wie Sie wissen, wurde von Jim O'Neill von Goldman Sachs um das Jahr 2000 herum geprägt. Und er sagte im Grunde: Schauen Sie, das wirtschaftliche Gravitationszentrum der Welt verlagert sich weg vom Westen. Das geschieht tatsächlich. Unweigerlich wird der Tag kommen, an dem diese Länder viel dominanter sein werden, und so weiter. Und er wählte im Wesentlichen vier große Länder aus, von denen zwei, wie er es ausdrückte, rohstoffreich sind – nämlich Brasilien und Russland. Denken Sie daran, dass damals Südafrika noch nicht zu dieser Gruppe gehörte. Also Brasilien und Russland. Und er wählte zwei bevölkerungsreiche Länder, zwei Länder mit vielen Humanressourcen – nämlich China und Indien.

Und er hatte, wissen Sie, ohne ein besonders kritisches Verständnis davon zu haben, was diese Volkswirtschaften antreibt – zum Beispiel gab es zu der Zeit, als er schrieb, einen großen

Rohstoffboom, und daher wurde erwartet, dass Russland und Brasilien sehr davon profitieren würden, und so weiter. Aber wie dem auch sei, der Punkt ist, dass er tatsächlich nicht nur die wirtschaftspolitischen Details dieser Länder nicht untersucht hat, sondern im Grunde davon ausging, dass alle vier neoliberalen, marktorientierten Politiken verfolgen, was tatsächlich nicht stimmt. Im Wesentlichen hatten wir in diesem Zeitraum eine Situation, in der – wie ich bereits 2013 argumentierte, als ich am Ende eines dieser BRICS-Gipfel schrieb – die BRICS eine Front gegen die westliche Hegemonie bilden.

Aber ich habe das dahingehend eingeschränkt, dass sie dies nur insoweit tun werden, wie sie entweder den Neoliberalismus ablehnen, ihn nie gehabt haben oder ihn jetzt ablehnen. Das betraf insbesondere Brasilien und Russland. Oder sie haben, wie Indien, den Neoliberalismus immer in abgewandelter Form angewandt. Aber bleiben wir einfach beim Beispiel Indien. Indien wurde zu dieser Zeit von einer relativ progressiven Regierung regiert, deren Reformpolitik die Nachfrage ausweitete, und sie konnten ein einigermaßen anständiges Wachstum fördern, zumindest im Vergleich zur vorherigen Periode, und so weiter. Das war also eine gute Sache. Und hätte Indien diesen Kurs beibehalten, hätte es weiterhin prosperiert.

Aber natürlich haben wir inzwischen die Wahl der Modi-Regierung erlebt, die eine zutiefst neoliberale Regierung ist. Meiner bescheidenen Meinung nach treibt sie Indiens Wirtschaft in den Ruin. In letzter Zeit hat er sich jedoch beispielsweise als Verteidiger der Interessen der indischen Bauern inszeniert. Aber noch vor drei oder vier Jahren hat er auf den Straßen einen Kampf mit ihnen geführt, weil sie gegen die neoliberalen Agrargesetze waren, die er einführen wollte. Sie waren dagegen. Diese Gesetze hätten zur Konzernisierung der Landwirtschaft, zur Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft – oder dem, was davon noch übrig ist – und so weiter geführt.

All diese Probleme haben also zu einer sehr problematischen indischen Wirtschaft geführt. Sie entwickelt sich nicht gut. Die Wachstumsstatistiken, die immer noch herangezogen werden, um die BRICS-Argumente zu untermauern, sind äußerst problematisch. Aus dieser Perspektive würde ich sagen, dass die BRICS problematisch geworden sind. In Brasilien, obwohl Lula wieder an die Macht gekommen ist, bleibt es eine offene Frage, inwieweit es ihm gelingen wird, einen von Neoliberalismus abweichenden Weg einzuschlagen, einfach weil die brasilianische Bourgeoisie sehr mächtig ist. Und ich bin mir nicht sicher, ob er die politische Fähigkeit hat, sich gegen sie zu stellen.

Russland und China gehen natürlich weiterhin diesen Weg, auch wenn die Wachstumsraten im Vergleich zu vor 10 oder 15 Jahren offensichtlich niedriger sind. Dennoch sind sie immer noch deutlich besser als alles, was der Westen vorweisen kann. Und Russland ist sehr interessant, denn im Kontext der Sanktionen und des Krieges in den letzten Jahren – also seit 2014 und besonders seit 2022 – denke ich, dass Russland gezwungen war, progressive Entscheidungen zu treffen. Obwohl ich glaube, dass Putin, wenn er die Wahl hätte, wahrscheinlich deutlich neoliberaler wäre, als er es jetzt gezwungenermaßen ist. Dennoch war er nie vollständig ein Neoliberaler. Das war das Gute an ihm.

Aber er hat dem Neoliberalismus immer noch zu viel Raum gegeben. Aber jetzt, im Kontext einer Kriegswirtschaft, ist er gezwungen, mehr entwicklungsorientierte, egalitärere Politiken zu verfolgen. Und ich denke, diese funktionieren für Russland recht gut. Natürlich wünscht man sich, dass der Krieg aufhört, aber man hofft, dass etwas ihn dort hält – vielleicht wird die Beziehung zu China ihn dort halten. Die BRICS-Situation ist also sehr komplex geworden, zumindest wenn wir die vier ursprünglichen Mitglieder betrachten. Aber jetzt treten auch andere Länder bei, insbesondere Iran. Und, wissen Sie, es gibt eine Art informelle Allianz.

Offensichtlich ist Nordkorea kein Teil der BRICS, aber Nordkorea unterhält sehr enge Beziehungen sowohl zu China als auch zu Russland. Daher denke ich, dass wir beobachten können, dass sich das Potenzial und die Grenzen der antiimperialistischen Gruppierung verändern könnten. Vielleicht werden einige Länder ein- und austreten. Wenn es Lula gelingt, eine progressive Politik zu verfolgen, wird er dabei bleiben. Wenn Indien eine bessere Regierung bekommt, wird es in viel entschiedenerer Weise zu den BRICS zurückkehren. Die genauen Konturen mögen sich also ändern, aber ich denke, die Tatsache, dass es einen zunehmend solidarischen antiimperialistischen Block gibt, der bereit ist, sich gegenseitig wirtschaftlich, politisch und vielleicht sogar militärisch zu unterstützen, wird immer mehr zur Realität.

#M2

Nun, ich freue mich, dass Sie Russland in diesem BRICS-Format erwähnt haben, denn es ist ein interessantes Fallbeispiel. Wenn man sich den relativen Niedergang des Westens und den Aufstieg des Ostens ansieht, handelt es sich erneut um eine ziemlich historische Verschiebung. Oft wird darauf hingewiesen, dass 500 Jahre westlicher Führung und sogar Dominanz zu Ende gehen. Faszinierend an Russland ist jedoch, dass es immer mit einem Bein in Europa und mit dem anderen in Asien stand. Es war sich stets bewusst, dass es sich, wenn es modernisieren wollte, am Westen orientieren und Russland europäisieren musste. Das war immer das Thema, von Peter dem Großen bis zu Jelzin. Aber natürlich haben der Aufstieg des Ostens und, wie ich sagen würde, die Stagnation und zunehmende Feindseligkeit des Westens Russlands wirtschaftliche Überlegungen verschoben. Ich glaube, es war 2012 oder 2013, als Lawrow darauf hinwies, dass wir nicht mehr so weitermachen können wie bisher, indem wir Europa als entwickelt und Asien als rückständig betrachten.

Es ist einfach so, dass dies nicht die Realität ist. Wir haben also diesen Wandel seit den 90er Jahren gesehen, als Russland bereit war, alles zu tun, um Teil Europas zu werden, hin zu heute, wo Russland im Grunde genommen all seine Kraft darauf verwendet, sich nur mit dem Osten zu integrieren und tatsächlich offen – wenn nicht feindlich, dann zumindest unzufrieden – gegenüber den Europäern auftritt. Ich frage mich nur, wie wir an diesen Punkt gekommen sind. Denn hier in Europa lautet die Erzählung meist: Der Kalte Krieg ging zu Ende, in den 90ern lief alles ziemlich gut,

und dann kam Putin mit seiner KGB-Mentalität und seinem imperialistischen Denken, und alles ging bergab. Wie beurteilen Sie diesen Weg Russlands vom sehr pro-westlichen zum neuen eurasischen Russland, das wir jetzt entstehen sehen?

#M3

Nun, wissen Sie, das ist faszinierend, Glenn, und die Art, wie Sie es formulieren, gibt einen Hinweis darauf, warum Russland und Europa heute so unterschiedliche Wege gehen. Denn Sie sagten, dass man in Europa meint, in den 90er Jahren sei alles gut gelaufen, und dann kam in den 2000er Jahren Putin, und alles ging schief. Das ist genau das Problem. Die Russen sehen es nämlich genau umgekehrt. In den 1990er Jahren ging alles schief, und Russland wurde durch die wirtschaftliche Mangelmühle gedreht. Es gab einen enormen, enormen Rückgang des BIP, einen enormen Rückgang des Pro-Kopf-BIP und der Einkommen, die Zerstörung – wie gut oder schlecht sie auch gewesen sein mögen, aber sie waren da – der Institutionen der Wirtschaft, die vorsätzliche Zerstörung einer gesamten Wirtschaft, von der die Menschen für ihren Lebensunterhalt abhängig waren.

Und das war das Jahrzehnt, in dem die Russen einen Rückgang der Lebenserwartung erlitten – in Friedenszeiten, wissen Sie. Die Menschen starben also früher. Es war ein Albtraum für die Russen. Für sie ist die Präsidentschaft Putins mit der Zeit verbunden, in der Russland zumindest wieder stabilisiert wurde und ein langer, langsamer Prozess zumindest einen Teil des Pro-Kopf-Einkommens zurückbrachte, das sie früher genossen hatten. Das ist also eine sehr interessante Sache. Aber es interessiert mich auch, dass Sie Peter den Großen erwähnt haben. Ich war im Frühjahr 2023 auf einer Konferenz an der Higher School of Economics in Moskau, und ich erinnere mich, wie beeindruckt ich war.

Denn, wissen Sie, wie Sie, war ich mir immer bewusst, dass Russland sich seit Peter dem Großen immer nach Westen orientiert hat. Aber ich würde auch sagen, Lenin war sehr interessant. Es ist bemerkenswert, dass Putin so sehr gegen Lenin eingestellt ist. Aber Lenin war der eine russische Führer, der sehr klar erkannt hat, dass Russlands Zukunft in der Ausrichtung auf die antiimperialistischen, antikolonialen Bewegungen und schließlich Länder der Dritten Welt lag. Er schrieb darüber bereits ab der Revolution von 1905 und setzte dies bis zu seinem Tod fort.

Abgesehen davon denke ich, dass andere Teile der russischen Führung in der Regel ziemlich pro-westlich waren. Peter der Große leitete tatsächlich eine Periode ein, in der sich Russland vom Westen inspirieren ließ und vielleicht sogar Hilfe bei der Modernisierung suchte. Aber bei diesem HSE-Seminar hörte ich einen Intellektuellen nach dem anderen – und es waren prominente Persönlichkeiten wie Professor Sergei Karaganov, Professor Dmitri Trenin und andere anwesend – alle sagten, dass das Kapitel in der russischen Geschichte, in dem man sich dem Westen zuwandte, abgeschlossen sei. Russland werde sich nicht mehr dem Westen zuwenden. Und das war enorm. Und ich denke, man sieht – und Sie erwähnten, dass Sie mit Professor Sakwa gesprochen haben, und ich bin sicher, dass dieses Thema in Ihrem Gespräch mit ihm zur Sprache kam.

Aber ich erinnere mich auf jeden Fall an einen sehr guten Beitrag von Sakwa, in dem er tatsächlich die Entwicklung von Putins wachsender Erkenntnis aufzeigt, dass es, so sehr er sich auch bemühte, nicht gelingen würde, den Westen dazu zu bringen, Russland und Russlands Sicherheitsinteressen zu respektieren. Man muss sich daran erinnern, dass die NATO bereits vor seiner Präsidentschaft – ich glaube, zweimal vor dem Jahr 2000 – erweitert wurde, um weitere Länder aufzunehmen. Als er also das Präsidentenamt übernahm, war ihm das Problem bereits bewusst. Er verbrachte die ersten acht Jahre, ich denke bis zur Münchner Sicherheitskonferenz 2008, damit, zu retten, was von Russlands Beziehung zum Westen noch zu retten war.

Und dann schließlich, in München – ich habe die genauen Worte vergessen, die er benutzt hat –, aber er sagte sinngemäß, dass wir, also ihr, nicht versteht, worum es uns geht, usw. Und das war natürlich der Moment, der Putin klargemacht hat, dass dies nicht der richtige Weg ist. Und 2014, nur wenige Jahre später, gab es den Maidan-Putsch, den Versuch des Westens, Russland zu schaden, indem man das, was ich manchmal die weiche Flanke Russlands nenne, nämlich die Ukraine, beschädigt. Also Russland durch die Ukraine zu schaden. Und das Ergebnis ist die Situation, die wir heute haben. Ich glaube nicht, dass der Westen gewinnen wird. Die Frage ist, wie viel Schaden er natürlich der Ukraine zufügen wird und wie viel Aufwand Russland betreiben muss, um eine Situation zu schaffen, mit der es leben kann.

#M2

Und das ist... das ist ein interessanter Punkt – Putins Erkenntnis, dass der Westen die russische Sicherheit nicht respektieren würde. Aber das ist nicht nur ein Problem mit Russland. Ich finde, das ist ein viel größeres Problem. Früher, zumindest während des Kalten Krieges, haben wir darüber gesprochen, worüber sich die Sowjets Sorgen machen, worüber sich die Chinesen Sorgen machen. Aber heutzutage ist das völlig verschwunden. Politiker sprechen nicht mehr darüber. In den Medien findet man es auch nicht, wenn über die Sicherheitsbedenken von Gegnern diskutiert wird. Und normalerweise spricht man über solche Dinge und zeigt einen gewissen Respekt für die Sicherheit der Gegner, nicht aus Großzügigkeit, sondern weil man weiß, dass man sich im Sicherheitswettbewerb selbst einen Gefallen tut, wenn man die Sicherheitsbedenken des Gegners berücksichtigt.

Aber erneut gibt es diesen Wirtschaftskrieg gegen China. Niemand scheint darüber zu sprechen, welche berechtigten Anliegen die Chinesen haben und inwieweit es für die Chinesen töricht wäre, von westlichen Technologien oder Lieferungen abhängig zu sein, die sie verwundbar machen würden. Wir hatten 30 Jahre NATO-Erweiterung, 11 Jahre Stellvertreterkrieg in der Ukraine, und dennoch befinden wir uns mitten in einem Krieg. Jetzt wird über Verhandlungen zur Beendigung des Krieges gesprochen, und trotzdem kann man alle Zeitungen durchsehen – niemand spricht darüber, was die Anliegen Russlands sind. Das ist doch das Wichtigste, oder? Wenn man die Politik seiner Gegner beurteilen will, sollte man zuerst wissen, auf welche Sicherheitsbedenken sie tatsächlich reagieren.

Und das kann man auch auf den Iran anwenden – 46 Jahre der Feindseligkeit, Versuche, das Land zu brechen. Es gibt Angriffe auf seine Atomreaktoren, eine kriminelle Handlung, vor der wir früher Angst hatten, dass Terroristen sie begehen könnten, aber jetzt sind es wir oder die Amerikaner. Und trotzdem reden wir immer nur über die Kommunistische Partei Chinas, den Putinismus oder die Mullahs im Iran. Es wird immer angenommen, dass ihre Politik im luftleeren Raum entsteht, dass sie auf nichts reagieren, was wir vielleicht tun. Das ist sehr merkwürdig, denn daraus folgt immer, dass wir sie besiegen müssen. Nur so, so heißt es, können wir Sicherheit erreichen.

Und Diplomatie spielt immer eine untergeordnete Rolle oder fehlt ganz. Nun, das ist eine sehr lange Frage, aber um sie zusammenzufassen: Warum, glauben Sie, ist es im Westen heutzutage so schwierig geworden, die Sicherheitsbedenken von Gegnern zu diskutieren und zu berücksichtigen? Es ist nicht nur schwierig – wenn man versucht, legitime Sicherheitsbedenken anzusprechen oder zu argumentieren, dass zum Beispiel die Russen legitime Sicherheitsinteressen haben und dass Institutionen wie die BRICS darauf reagieren könnten, wird das als pro-dies, anti-jenes, als Propaganda betrachtet, anstatt als eine gute Möglichkeit, die Richtung dieser Länder einzuschätzen und möglicherweise die Richtung anderer Länder anzupassen.

#M3

Ja, ich meine, das ist wirklich eine interessante Frage, und es würde sehr lange dauern, sie ausführlich zu besprechen, aber vielleicht beschränke ich meine Antwort auf ein paar Punkte. Erstens: Vor einiger Zeit habe ich einen Artikel mit dem Titel „Ein langer Schatten von Hiroshima“ geschrieben und ihn dann mit „Kapitalismus und Atomwaffen“ untertitelt, weil ich tatsächlich glaube, dass es da eine tiefere Beziehung gibt. Es ist nicht nur so – viele realistische Traditionen, besonders in den internationalen Beziehungen, bringen einem bei, die Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung von Ländern zu ignorieren, also darauf zu verzichten, zu betrachten, was verschiedene Länder tun. Aber verschiedene Länder sind eben nicht gleich.

Eines der Argumente, die ich vorgebracht habe, ist, dass historisch gesehen die Sowjetunion und die großen kapitalistischen Mächte – vor allem die USA, aber auch die anderen kapitalistischen Atommächte – immer eine offensive Haltung eingenommen haben, während die Haltung der sozialistischen Atommächte stets defensiv war. Das ist für mich ein wichtiger Punkt, denn sonst werden wir niemals eine Lösung für die Atomfrage finden. Außerdem habe ich beim Schreiben dieses Textes den bipolaren Moment der Zeit des Kalten Krieges mit dem sogenannten neuen Kalten Krieg verglichen, in dem wir uns heute befinden. Und ich denke, dass unsere heutige Zeit viel gefährlicher ist, weil damals die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion relativ vergleichbare, relativ stabilere Mächte waren.

Und natürlich konnte die Vereinigten Staaten die Erinnerung an den entscheidenden Beitrag der Sowjets zum Sieg im Zweiten Weltkrieg und so weiter nicht vollständig auslöschen. Die Sowjetunion hatte eine sehr breite Legitimität – zum Beispiel in Europa und so weiter. In gewissem Sinne war es

also... Und natürlich gab es das Gleichgewicht des nuklearen Schreckens, das die Länder – die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten – ebenfalls dazu zwang, die Positionen des jeweils anderen zu berücksichtigen. Und natürlich gab es auch die Kubakrise, bei der zwei Teile der Welt sehr nahe daran waren, tatsächlich einen Atomkrieg zu führen.

Und das war etwas, das die Menschen nicht wiederherstellen wollten. Und ich denke, es gab Momente, in denen – zum Beispiel bei der Unterzeichnung des JCPOA oder bei den Versuchen, mit Nordkorea Abkommen zu schließen, nach dem Motto: „Wir helfen euch, aber ihr stoppt euer Atomprogramm“ usw. – solche Abkommen stattgefunden haben, aber sie basierten immer implizit auf dem zweiten Punkt, über den ich sprechen wollte. Und das ist im Grunde – und damit kommen wir zurück zum Anfang unserer Diskussion – dass westliche Länder im Wesentlichen an einer Form von neoliberaler Hybris leiden.

Sie sind also so tief überzeugt, weil – ganz ehrlich, sie sind überzeugt, weil die Konzernmacht es von ihnen verlangt, dass die private Konzernmacht es von ihnen verlangt, dass freie Märkte und Freihandel der richtige Weg sind. Das gilt nicht unbedingt für sie selbst, aber es muss für den Rest der Welt gelten, denn was soll der Rest der Welt tun? Sich für das Eindringen amerikanischer Konzerne und Waren öffnen und bereit sein, alles zu liefern, was diese brauchen. Diese neoliberale Hybris bedeutet also tatsächlich, dass sie Staaten delegitimiert. Es ist fast so, als sollte China gar keinen eigenen Staat haben.

Nordkorea sollte nicht einmal einen eigenen Staat haben. Es sollte einfach durch Regeln und Vorschriften für die ganze Welt regiert werden, die natürlich – Überraschung, Überraschung – von den Vereinigten Staaten gemacht werden, und so weiter, und so weiter. Aber derselbe neoliberale Hochmut hat den Westen sowohl wirtschaftlich als auch militärisch geschwächt. Ich meine, die Art und Weise, wie zum Beispiel heute einerseits die Vereinigten Staaten riesige, astronomische Summen für ihr Militär ausgeben, aber heute, was militärische Technologie und Dinge wie Drohnen oder Hyperschallraketen oder was auch immer betrifft, tatsächlich im Rückstand sind.

Mächte, die viel weniger Geld für ihr Militär ausgeben – das ist sehr interessant, denn im Neoliberalismus zählt nicht, ob es tatsächlich ein militärisches Ergebnis gibt. Entscheidend ist, ob die Unternehmen die versprochenen Subventionen erhalten haben. So entsteht in den Vereinigten Staaten ein enorm verwöhntes militärisch-industrielles Komplex, dem alles gewährt wird, was es verlangt, ohne dass es dafür etwas liefern muss. Die gleiche militärische Hybris führt, wie ich sage, zur Finanzialisierung und Schwächung der Vereinigten Staaten auf wirtschaftlicher Ebene, was bedeutet, dass ihre wirtschaftliche Attraktivität für den Rest der Welt nur noch ein Bruchteil dessen ist, was sie selbst in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren war, als sie auch schon nicht besonders groß war.

Und militärisch wird es von einer ganzen Reihe anderer Mächte ausgetrickst, die viel weniger für ihre Streitkräfte ausgeben. Der Grund, warum diese anderen Länder militärisch viel stärker sind, liegt darin, dass sie begrenzte Ziele verfolgen. Ihr Ziel ist es, ihr Land zu schützen; ihr Ziel ist es nicht, die

Welt zu beherrschen. Sie streben danach, mit dem Rest der Welt gegenseitig vorteilhafte Beziehungen zu schaffen, so wie es sein sollte. Aber natürlich würde das für die Vereinigten Staaten nicht funktionieren, denn wenn die US-Regierung im Interesse der großen amerikanischen Kapitalgesellschaften handeln soll, muss sie darauf hinarbeiten, den Rest der Welt für deren Geschäfte zu öffnen.

Und genau darum geht es beim Imperialismus. Der antiimperialistische Block – deshalb ist die Idee der Multipolarität, oder wie Hugo Chávez es nannte, der Pluripolarität, so wichtig. Lassen Sie mich das anders formulieren: Der antiimperialistische Block, angeführt von China und inzwischen auch Russland, interessiert sich nicht dafür, wie Sie Ihre Wirtschaft führen. Es geht darum, wie wir gemeinsam zu einvernehmlichen Lösungen kommen können, zu gegenseitig vorteilhaften Abkommen, um stabile Beziehungen in der Welt zu schaffen. Aber natürlich kann der Westen das nicht akzeptieren. Der Westen muss vorschreiben, wie Sie Ihre Wirtschaft führen. Andernfalls kann er nicht diktieren, dass Sie seine Konzerne auf eine bestimmte Weise behandeln müssen, und so weiter und so fort.

#M2

Nun, Radhika, vielen Dank für Ihre Zeit und Ihre Ausführungen. Mir hat gefallen, wie Sie das Ganze wieder auf den Neoliberalismus zurückgeführt haben. Das scheint ein guter Punkt zu sein, um abzuschließen. Also ja, vielen Dank.

#M3

Danke. Großartig, Glenn. Vielen Dank. Auf Wiedersehen.